

„Grünen-Ministerien werden zunehmend zu Versorgungswerken für Parteifreunde und Aktivisten“

Welt, 10.12.2024, Kristian Frigelj

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus254772388/NRW-Gruenen-Ministerien-werden-zunehmend-zu-Versorgungswerken-fuer-Parteifreunde-und-Aktivisten.html?sc_src=email_6902447&sc_lid=668927046&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=6173&sc_cid=6902447&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.politik.6902447&sc_eh=94c824e22aa172ca1

In Nordrhein-Westfalen werden zwei neue Einheiten in grünen Landesministerien geschaffen, die hochrangige Getreue der Partei übernehmen. Einem Regierungsdirektor werden drei Chauffeure zugeordnet. Die Opposition wittert Filz.

Das neue Referat von Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) trägt einen sperrigen, uneindeutigen Namen: „MB 6 Sonderkoordination“. Es ist dem Ministerinnenbüro direkt zugeordnet und fällt durch eine kuriose personelle Zusammensetzung auf. Dem Referatsleiter Florian S., einem Regierungsdirektor, sind drei Chauffeure zugeordnet. Warum der hochrangige Beamte für die Fahrer der Ministerin zuständig ist und was er da macht, erschließt sich nicht von selbst.

Ähnlich erklärungsbedürftig ist eine neue Projektgruppe im Haus von NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne). Sie trägt die Bezeichnung „Zukunftsplan Umweltverwaltung NRW“ und wird vom Regierungsbeamten Ernst-Christoph S. geleitet. Zwei noch unbesetzte Stellen sind der Gruppe zugeordnet.

Die Opposition im NRW-Landtag hegt in beiden Fällen den Verdacht, dass Grünen-Getreue mit lukrativen Posten versorgt werden. Solche Vorwürfe gibt es bei der Personalpolitik in Ministerien immer wieder. In NRW wurde bei der einstmals übermächtigen SPD früher oft über den „roten Filz“ geklagt. Nun trifft es die Grünen.

„Die Grünen-Ministerien in Nordrhein-Westfalen entwickeln sich zunehmend zu Versorgungswerken für grüne Parteifreunde und Aktivisten“, kritisiert Henning Höne, FDP-Fraktionschef im Landtag. Was hier passiere, sei „ein Paradebeispiel für parteipolitischen Filz auf Kosten der Steuerzahler“. Die Grünen stellten sich „gern als moralische Instanz dar, doch in der Realität zeigen sie, dass es ihnen vor allem darum geht, eigene Leute zu versorgen“.

Es fällt den beiden Grünen-Ministern Neubaur und Krischer schwer, solche Vorwürfe vollends zu entkräften, auch weil die Hintergründe kompliziert sind. Der neue Projektgruppenleiter S. im NRW-Umweltministerium etwa hatte ein Rückkehrrecht, wie das Ministerium in Düsseldorf auf WELT-Anfrage mitteilt. Er hat in den 90er-Jahren unter der früheren NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) gearbeitet und blieb auch nach Regierungswechseln 2005 und 2010 Abteilungsleiter.

2011 wechselte S. nach Rheinland-Pfalz und wurde Staatssekretär der damaligen Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Evelin Lemke (Grüne). Nur ein Jahr später schied er aus, offenbar weil es zum Zerwürfnis gekommen war. S. wurde unter anderem freiberuflicher Autor, Referent und stellvertretender Vorsitzender beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Nach Angaben des NRW-Umweltministeriums in Düsseldorf ist er unbefristet Beschäftigter des Landes NRW und beurlaubt. Deshalb hat er das Recht, nach Ablauf der Beurlaubung zurückzukehren und eine adäquate Aufgabe zu bekommen. Solche Beurlaubungen wegen anderer Tätigkeiten kämen in Ministerien landes- und bundesweit regelmäßig vor, unabhängig von einer Parteizugehörigkeit, ist aus Düsseldorfer Regierungskreisen zu hören. Andersherum lässt sich in Ministerien mit solchen Beurlaubungen auch geschickt Besetzungspolitik machen, um strategisch Personen wieder einzusetzen, wenn es für alle Seiten passt.

Dass S. dieses Recht nun in Anspruch nimmt, kurz vor seiner Pensionsgrenze, stößt der Opposition gleichwohl auf. Im NRW-Umweltministerium ist man froh, eine adäquate Beschäftigung für den lange Abwesenden gefunden zu haben. Seine Projektgruppe ist bis Ende 2026 befristet.

Die Opposition bleibt kritisch. „Es geht offenbar darum, verdiente Parteimitglieder unterzubringen“, kritisiert der SPD-Abgeordnete René Schneider. Man rede hier über eine sehr gut dotierte Stelle. „Das ist in dieser Form schon ziemlich fragwürdig und durchaus als Geschenk zu verstehen“. Das sei „zwar nicht verboten, geht aber hart an die Grenze dessen, was vertretbar ist. Das hat auf jeden Fall ein Geschmäcke“, so Schneider.

Beim Referatsleiter Florian S. im NRW-Wirtschaftsministerium, der nun für drei Chauffeure zuständig ist, liegt die Sache anders. Der Volljurist kommt von außen, nimmt also kein Rückkehrrecht in Anspruch. S. hat bereits reichliche Erfahrungen im parlamentarisch-administrativen Betrieb gesammelt. Einst gehörte er zum Bundestagsbüro einer Grünen-Parlamentarierin, später wechselte er in die Grünen-Landtagsfraktion nach Hessen.

Zuletzt gehörte der auf Lebenszeit verbeamtete S. zum Ministerinnenbüro der damaligen hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) und war einem älteren Organigramm zufolge für „Landtagsangelegenheiten“ und „Kabinett“ zuständig. Nach dem Regierungswechsel 2024 vom schwarz-grünen zum schwarz-roten Landeskabinett tut sich für S. eine neue Karrierechance beim grünen Regierungsteil in NRW auf, zumal NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur zugleich stellvertretende Ministerpräsidentin ist.

Dass S. nun in einem Referat für Chauffeure untergebracht ist, hat einen Grund: Die eigentlich für ihn vorgesehene Stelle als Leiter der Gruppe „stellvertretende Ministerpräsidentin“ gehört zu einer größeren Umstrukturierung, die noch nicht abgeschlossen ist. Doch offenbar war es Neubaur wichtig, S. schon jetzt einzustellen und ihm eine Leitungsfunktion zu ermöglichen – in einem Fantasie-Ressort.

Neubaur musste sich dazu vergangene Woche im Landtag äußern. Mehrere AfD-Abgeordnete wollte Einzelheiten zu dieser Personalie in Erfahrung bringen. Demnach unterstütze S. die Hausleitung „derzeit unmittelbar und unter anderem durch juristische Stellungnahmen, als fachliche Begleitung bei internen und externen Terminen und bei der strategischen Koordinierung von haus- und regierungsinternen Abstimmungsprozessen“, erklärte Neubaur. Diese Stelle setze „neben der fachlichen Qualifikation ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Hausleitung voraus“.

Beim Chauffeur-Referat handelt es sich „um eine befristete organisatorische Lösung zum Übergang, da die geplante Umstrukturierung noch etwas Zeit in Anspruch nimmt“. Zum Jahresbeginn 2025 soll die Neuordnung des Ministerinnenbüros abgeschlossen sein. Dann soll auch das Chauffeur-Referat wieder aufgelöst werden.